

## **Protokoll 49. Sitzung des Gemeinderats von Zürich**

Mittwoch, 31. Mai 2023, 17.00 Uhr bis 22.14 Uhr, im Rathaus Hard  
in Zürich-Aussersihl

---

Vorsitz: Präsidentin Sofia Karakostas (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretariat Simon Kälin-Werth (Grüne)

Anwesend: 120 Mitglieder

Abwesend: Walter Anken (SVP), Isabel Garcia (FDP), Claudia Rabelbauer (EVP), Michele Romagnolo (SVP), Sven Sobernheim (GLP)

---

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2023/236](#) \* Weisung vom 17.05.2023: VHB  
Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Vogtsrain, Erweiterung, VSS  
Projektierungskredit
3. [2023/207](#) \* Postulat von Anna Graff (SP) und Dr. Frank Rühli (FDP) vom VGU  
E 19.04.2023:  
Schaffung einer Einheit für Impfungen als Teil der Fachstelle  
Pandemievorsorge
4. [2023/209](#) \* Postulat von Islam Alijaj (SP), Karin Weyermann (Die Mitte) und STP  
E 1 Mitunterzeichnenden vom 19.04.2023:  
Gewährleistung eines attraktiven Weiterbildungsangebots für  
städtische Angestellte zur Inklusion durch Menschen mit  
Behinderungen
5. [2023/204](#) Beschlussantrag der SP-, Grüne-, AL-, GLP- und Die Mitte/  
EVP-Fraktion vom 19.04.2023:  
Schaffung einer Rechtsgrundlage zur Einführung eines Stimm-  
und Wahlrechts in den Gemeinden für Menschen mit einer  
Beistandschaft
6. [2022/687](#) Weisung vom 21.12.2022: VHB  
Immobilien Stadt Zürich, Ersatzneubau der Schulanlage VSS  
Triemli B und C und Erweiterung der Schulanlage In der Ey,  
neue einmalige Ausgaben, Erstellung von Provisorien, Zusatz-  
kredit zum Projektierungskredit

- |     |                          |     |  |     |
|-----|--------------------------|-----|--|-----|
| 7.  | <a href="#">2023/213</a> | E/A | Postulat von Urs Riklin (Grüne) und Dr. Balz Bürgisser (Grüne) vom 19.04.2023:<br>Einrichtung einer attraktiven Veloinfrastruktur auf den Schul- und Sportanlagen Triemli und In der Ey  | VHB |
| 8.  | <a href="#">2023/214</a> | E/A | Postulat von Urs Riklin (Grüne) und Dr. Balz Bürgisser (Grüne) vom 19.04.2023:<br>Erhalt der Spielwiese vor dem Kindergarten In der Ey mittels Auslagerung der geplanten Pflichtparkplätze für das Neubau- und Erweiterungsprojekt der Schulen Triemli und In der Ey | VHB |
| 9.  | <a href="#">2023/243</a> | E   | Postulat von Urs Riklin (Grüne) und Dr. Balz Bürgisser (Grüne) vom 24.05.2023:<br>Reduzierung der Parkplätze auf dem Schulareal Triemli/In der Ey auf ein Minimum unter Anwendung des erstellten Mobilitätskonzepts für eine autoarme Nutzung                        | VHB |
| 10. | <a href="#">2022/454</a> |     | Weisung vom 21.09.2022:<br>Human Resources Management, Teilrevision des Personalrechts betreffend Fringe Benefits (Lohnnebenleistungen)  | FV  |
| 11. | <a href="#">2023/189</a> | E/A | Postulat von Martin Busekros (Grüne) und Yves Henz (Grüne) vom 05.04.2023:<br>Fringe Benefits, Integration eines Abonnements zur Nutzung eines stationsgebundenen Veloverleihsystems bei den Mobilitätsbeiträgen   | FV  |
| 12. | <a href="#">2023/211</a> | A   | Postulat von Martin Götzl (SVP) und Isabel Garcia (FDP) vom 19.04.2023:<br>Beschränkung des Anstiegs der Lohnkosten der Stadt ab 2024 auf das Bevölkerungswachstum   | FV  |
| 13. | <a href="#">2023/215</a> | A   | Postulat von Serap Kahriman (GLP) und Martin Götzl (SVP) vom 19.04.2023:<br>Beschränkung des Stellenwachstums der Stadt ab 2024 auf das prognostizierte Bevölkerungswachstum   | FV  |
| 14. | <a href="#">2022/569</a> | A   | Postulat von Michael Schmid (AL) und Anna Graff (SP) vom 16.11.2022:<br>Sensibilisierung der Stadtpolizei betreffend Veloverkehrssicherheit  | VSI |
| 15. | <a href="#">2023/34</a>  | E/A | Postulat von Urs Riklin (Grüne), Dr. Roland Hohmann (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden vom 25.01.2023:<br>Erhöhung der Sicherheit für Velofahrende bei Strassenkreuzungen mit Lichtsignalanlagen  | VSI |
| 16. | <a href="#">2023/42</a>  | E/A | Postulat von Markus Knauss (Grüne) und Sven Sobernheim (GLP) vom 01.02.2023:<br>Rasche farbliche Auszeichnung des geplanten Velovorzugsrouten-Netzes mit Fokus auf den Beginn und das Ende von Teilstücken   | VSI |

17. [2022/574](#) E/A Postulat von Dr. David Garcia Nuñez (AL) und Michael Schmid (AL) vom 16.11.2022: VSI  
Vortritt für die zu Fuss Gehenden im Kreuzungsbereich der Morgental-, Etzel- und Mutschellenstrasse in Wollishofen

\* Keine materielle Behandlung

## Mitteilungen

Die Mitteilungen der Ratspräsidentin werden zur Kenntnis genommen.

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### 1840. 2023/258

#### **Erklärung der AL-Fraktion vom 31.05.2023: Kritik am vom Stadtrat angekündigten Bericht zur Spitalauslagerung**

Namens der AL-Fraktion verliest Dr. David Garcia Nuñez (AL) folgende Fraktionserklärung:

Spitalauslagerung: Störrisch bleibt der Stadtrat auf seinem Holzweg

In seinem heute angekündigten Bericht untersucht der Stadtrat verschiedene Szenarien, wie der „unternehmerische Handlungsspielraum“ des Stadtspitals Zürichs „unter angemessener demokratischer Mitbestimmung“ erweitert werden kann. Er kommt damit einem dringlichen Postulat von SP, GRÜNE und EVP vom Oktober 2021 nach. Leider wurde diese parlamentarische Auftragsarbeit nicht mit der dazu notwendigen ergebnisoffenen Haltung erledigt. Trotz all den sachlichen Argumenten, die für die demokratische Weiterentwicklung vom Stadtspital in seiner aktuellen Verwaltungsform sprechen, verkündet der Stadtrat bei seiner ursprünglichen, aber längst überholten Einschätzung: Die Auslagerung vom Stadtspital aus der Stadtverwaltung sei das einzige Instrument, dass die Zukunft des Hauses, und damit der städtischen Gesundheitsversorgung garantiere. Damit zerschellen die naiven Hoffnungen jener Parteien, welche im Berichtspostulat eine Möglichkeit sahen, ihre Ambivalenz gegenüber der Spitalauslagerung zu überwinden. Diese Arbeit kann nur eine kontinuierliche Analyse der Fakten schaffen.

Fakt ist, dass sich die finanzielle Situation des Stadtspitals in den letzten 6 Jahren dank verschiedenen gemeinderätlichen Interventionen stabilisiert, jedoch nicht gänzlich gelöst hat. Jahr für Jahr schreibt das Stadtspital ein Defizit, welches viel mit der unterdotierten Fallpauschalen und wenig mit seiner Rechtsform zu tun hat. Fakt ist, dass trotz verzerrten Behauptungen seitens des Stadtrats das Stadtspital schnell und geordnet verwaltungstechnisch weiterentwickelt werden konnte. Fakt ist, dass sich das Stadtspital auch in den schlimmsten Zeiten der Pandemie auf die effiziente Unterstützung des Stadtparlaments verlassen durfte. Die Verantwortung fürs Stadtspital trägt also nicht nur der Stadtrat allein. Er teilt sie stets mit dem Parlament.

Ebenso Fakt ist, dass die gesundheitspolitischen Herausforderungen, welche sowohl einzelne Krankenhäuser als auch die gesamte Gesundheitsversorgung in diesem Land bedrohen, struktureller und nicht verwaltungstechnischer Natur sind. Wie die Klimapolitik, braucht das Gesundheitswesen einen „system change“: Weder die individuelle noch die öffentliche Gesundheit sind Güter, die sich von kaum kontrollierten „Gesundheitsexpert:innen“ innerhalb eines Pseudomarkts handeln und verwalten lassen. Strukturell defizitäre Verwaltungseinheiten lassen sich auch nicht kostenneutral externalisieren. Wie erdrückend die zwischenzeitliche Schuldenlast für die ausgelagerten Spitäler ist, lässt sich Woche für Woche nachlesen. Wer also glaubt, eine Dämpfung der Gesundheitskosten mit Auslagerung der Spitäler zu erreichen, befindet sich schlichtweg auf dem Holzweg.

Mit seiner störrischen Haltung stürzt der Stadtrat das Stadtspital in ein formal rechtliches Abenteuer – und dies zu einem denkbar schlechten Zeitpunkt. Gerade jetzt, da sich der Fachkräftemangel in eine regelrechte

Fachkräftedürre verwandelt, die Umsetzung der Pflegeinitiative auf sich warten lässt und die Ärzt:innen mehr Zeit am Schreibtisch als am Patient:innenbett verbringen, wäre es notwendig, dass der Stadtrat die vorhandenen Ressourcen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Personals aufwendet statt diese in administrativen Spielereien zu investieren. Es ist und bleibt für die AL daher unverständlich, weshalb SP und GRÜNE vor diesem Szenario und insbesondere nach der aktuellen stadträtlichen Positionierung eine technokratische Auslagerung des Spitals immer noch nicht definitiv ausschliessen können.

Selbstverständlich wird die AL die Weisung zum Bericht genau prüfen und die parlamentarische Debatte aktiv mitgestalten. Sie bietet nach wie vor gerne Hand für jede Erweiterung der demokratischen Kontrolle unserer Gesundheitsinstitutionen. Gleichzeitig wird sie jedoch jeden einzelnen Vorschlag, der zur Verschlechterung der medizinischen Situation des einzelnen bzw. der Stadtbevölkerung beiträgt, sowohl innerhalb als auch ausserhalb des Parlaments bekämpfen.

## **G e s c h ä f t e**

### **1841. 2023/236**

**Weisung vom 17.05.2023:**

**Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Vogtsrain, Erweiterung, Projektierungskredit**

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Zirkularbeschluss der Geschäftsleitung vom 30. Mai 2023

### **1842. 2023/207**

**Postulat von Anna Graff (SP) und Dr. Frank Rühli (FDP) vom 19.04.2023:**

**Schaffung einer Einheit für Impfungen als Teil der Fachstelle Pandemievorsorge**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Reto Brüesch (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

### **1843. 2023/209**

**Postulat von Islam Alijaj (SP), Karin Weyermann (Die Mitte) und 1 Mitunterzeichnenden vom 19.04.2023:**

**Gewährleistung eines attraktiven Weiterbildungsangebots für städtische Angestellte zur Inklusion durch Menschen mit Behinderungen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Reto Brüesch (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

**1844. 2023/204****Beschlussantrag der SP-, Grüne-, AL-, GLP- und Die Mitte/EVP-Fraktion vom 19.04.2023:****Schaffung einer Rechtsgrundlage zur Einführung eines Stimm- und Wahlrechts in den Gemeinden für Menschen mit einer Beistandschaft**

Islam Alijaj (SP) begründet den Beschlussantrag (vergleiche Beschluss-Nr. 1735/2023).

Michael Schmid (FDP) stellt den Ablehnungsantrag.

Der Rat stimmt dem Beschlussantrag mit 81 gegen 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

**2023/273****Schaffung einer Rechtsgrundlage zur Einführung eines Stimm- und Wahlrechts in den Gemeinden für Menschen mit einer Beistandschaft**

Der Gemeinderat der Stadt Zürich beschliesst beim Kantonsrat eine Behördeninitiative einzureichen, mit welcher dieser beauftragt wird, im Gesetz über die politischen Rechte (GPR) auf kantonaler Ebene eine Rechtsgrundlage zu schaffen, die es den Gemeinden ermöglicht, die Einführung des Stimm- und Wahlrechts für alle Menschen mit einer Beistandschaft zu ermöglichen.

Begründung:

Nicht alle Menschen mit einer Behinderung haben in der Stadt Zürich das Wahlrecht. Und das obwohl die UNO-Behindertenrechtskonvention im April 2014 von der Schweiz ratifiziert wurde und damit verbindlich ist. Mit ihrem Beitritt zum Übereinkommen verpflichtet sich die Schweiz, Hindernisse zu beseitigen, mit denen Menschen mit Behinderung konfrontiert sind, Menschen mit Behinderung vor Diskriminierung zu schützen und ihre Inklusion sowie ihre Gleichstellung in der Gesellschaft zu fördern. Trotzdem werden Menschen mit Behinderungen immer noch aus dem politischen und demokratischen Prozess ausgeschlossen. Menschen, die wegen dauernder Urteilsunfähigkeit unter umfassender Beistandschaft stehen oder durch eine vorsorgebeauftragte Person vertreten werden haben kein Stimm- und Wahlrecht. Das Gesetz über die politischen Rechte verweist diesbezüglich auf das Bundesgesetz über die politischen Rechte (§ 3 GPR i.V.m. Art. 2 BPR mit Verweis auf Art. 136 Abs. 1 BV). Das kantonale und kommunale Stimm- und Wahlrecht wird auf kantonaler Ebene geregelt. Orientierung soll zudem der Kanton Genf leisten, der bereits 2020 das kommunale und kantonale Stimmrecht für Menschen mit einer geistigen oder psychischen Behinderung ermöglicht hat.

Mitteilung an die Geschäftsleitung des Kantonsrats, 8090 Zürich und an den Stadtrat

**1845. 2022/687****Weisung vom 21.12.2022:****Immobilien Stadt Zürich, Ersatzneubau der Schulanlage Triemli B und C und Erweiterung der Schulanlage In der Ey, neue einmalige Ausgaben, Erstellung von Provisorien, Zusatzkredit zum Projektierungskredit**

Antrag des Stadtrats

A. Zuhanden der Stimmberechtigten:

Für den Ersatzneubau auf der Schulanlage Triemli und die Erweiterung der Schulanlage In der Ey werden neue einmalige Ausgaben von Fr. 151 500 000.– bewilligt (Preisstand: 1. April 2022, Zürcher Index der Wohnbaupreise).

B. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz:

Für die vorgezogene Erstellung von Provisorien im Hinblick auf den Ersatzneubau der Schulanlage Triemli/In der Ey wird zu den neuen einmaligen Ausgaben von Fr. 8 500 000.– gemäss GR Nr. 2020/49 ein Zusatzkredit von Fr. 4 800 000.– bewilligt. Die neuen einmaligen Ausgaben betragen neu insgesamt Fr. 13 300 000.– (Preisstand: 1. April 2022, Zürcher Index der Wohnbaupreise).

Referat zur Vorstellung der Weisung: Urs Riklin (Grüne)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

Änderungsantrag, neuer Dispositivpunkt A2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgenden neuen Dispositivpunkt A2 (Der bisherige Dispositivpunkt A wird zu Dispositivpunkt A1):

2. Die Anzahl der Autoparkplätze wird, gestützt auf ein Mobilitätskonzept gemäss Art. 8 der Parkplatzverordnung (PPV), für eine autoarme Nutzung auf das Minimum begrenzt.

Mehrheit:	Referat: Stefan Urech (SVP); Yasmine Bourgeois (FDP), Präsidium; Maya Kägi Götz (SP), Vizepräsidium; Islam Alijaj (SP), Roger Föhn (EVP), Christina Horisberger (SP), Sabine Koch (FDP), Liv Mahrer (SP)
Minderheit:	Referat: Urs Riklin (Grüne); Moritz Bögli (AL), Dr. Balz Bürgisser (Grüne)
Enthaltung:	Christine Huber (GLP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)

Urs Riklin (Grüne) zieht den Antrag der Minderheit zurück.

Schlussabstimmung über den Dispositivpunkt A

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Dispositivpunkt A.

Zustimmung:	Referat: Urs Riklin (Grüne); Maya Kägi Götz (SP), Vizepräsidium; Islam Alijaj (SP), Moritz Bögli (AL), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Roger Föhn (EVP), Christina Horisberger (SP), Christine Huber (GLP), Liv Mahrer (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)
Enthaltung:	Yasmine Bourgeois (FDP), Präsidium; Sabine Koch (FDP), Stefan Urech (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 2 Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 106 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über den Dispositivpunkt B

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Dispositivpunkt B.

Zustimmung:	Referat: Urs Riklin (Grüne); Maya Kägi Götz (SP), Vizepräsidium; Islam Alijaj (SP), Moritz Bögli (AL), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Roger Föhn (EVP), Christina Horisberger (SP), Christine Huber (GLP), Liv Mahrer (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)
Enthaltung:	Yasmine Bourgeois (FDP), Präsidium; Sabine Koch (FDP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 107 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

A. Zuhanden der Stimmberechtigten:

Für den Ersatzneubau auf der Schulanlage Triemli und die Erweiterung der Schulanlage In der Ey werden neue einmalige Ausgaben von Fr. 151 500 000.– bewilligt (Preisstand: 1. April 2022, Zürcher Index der Wohnbaupreise).

B. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz:

Für die vorgezogene Erstellung von Provisorien im Hinblick auf den Ersatzneubau der Schulanlage Triemli/In der Ey wird zu den neuen einmaligen Ausgaben von Fr. 8 500 000.– gemäss GR Nr. 2020/49 ein Zusatzkredit von Fr. 4 800 000.– bewilligt. Die neuen einmaligen Ausgaben betragen neu insgesamt Fr. 13 300 000.– (Preisstand: 1. April 2022, Zürcher Index der Wohnbaupreise).

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 7. Juni 2023 gemäss Art. 35 sowie Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 7. August 2023)

**1846. 2023/213**

**Postulat von Urs Riklin (Grüne) und Dr. Balz Bürgisser (Grüne) vom 19.04.2023: Einrichtung einer attraktiven Veloinfrastruktur auf den Schul- und Sportanlagen Triemli und In der Ey**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Urs Riklin (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1744/2023).

Stefan Urech (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 24. Mai 2023 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 84 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**1847. 2023/214**

**Postulat von Urs Riklin (Grüne) und Dr. Balz Bürgisser (Grüne) vom 19.04.2023: Erhalt der Spielwiese vor dem Kindergarten In der Ey mittels Auslagerung der geplanten Pflichtparkplätze für das Neubau- und Erweiterungsprojekt der Schulen Triemli und In der Ey**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Urs Riklin (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1745/2023).

Stefan Urech (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 24. Mai 2023 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 85 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**1848. 2023/243**

**Postulat von Urs Riklin (Grüne) und Dr. Balz Bürgisser (Grüne) vom 24.05.2023: Reduzierung der Parkplätze auf dem Schulareal Triemli/In der Ey auf ein Minimum unter Anwendung des erstellten Mobilitätskonzepts für eine autoarme Nutzung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Urs Riklin (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1823/2023).

Stefan Urech (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 77 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**1849. 2022/454**

**Weisung vom 21.09.2022: Human Resources Management, Teilrevision des Personalrechts betreffend Fringe Benefits (Lohnnebenleistungen)**

Antrag des Stadtrats

1. Die Verordnung über das Arbeitsverhältnis des städtischen Personals (Personalrecht, AS 177.100) wird gemäss Beilage (datiert vom 21. September 2022) geändert.
2. Die Gemeinderatsbeschlüsse Nrn. 315 vom 16. November 1966 und 671 vom 16. November 1994 werden aufgehoben.
3. Der Stadtrat setzt die Änderungen und Aufhebungen in Kraft.

Referentin zur Vorstellung der Weisung: Anjushka Früh (SP)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

## Änderungsantrag 1 zu Dispositivziffer 1

Art. 59<sup>bis</sup> «Beitrag an die Kosten der Verpflegung» Abs. 1 lit. a

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt folgende Änderung von Art. 59<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. a:

- a. Lunch-Checks oder eine entsprechende Barvergütung je Arbeitstag in Höhe von jährlich höchstens Fr. 1200.–1500.– bei einem Vollzeitpensum; oder

Mehrheit:	Hans Dellenbach (FDP), Referent; Präsident Luca Maggi (Grüne), Vizepräsidentin Serap Kahriman (GLP), Martin Busekros (Grüne), Selina Frey (GLP), Anthony Goldstein (FDP), Martin Götzl (SVP), Markus Haselbach (Die Mitte) i. V. von Christian Traber (Die Mitte), Patrik Maillard (AL)
Minderheit:	Anjushka Früh (SP), Referentin; Ivo Bieri (SP), Simon Diggelmann (SP), Florian Utz (SP) i. V. von Judith Boppart (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 39 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

## Änderungsantrag 2 zu Dispositivziffer 1

Art. 59<sup>ter</sup> «Beitrag an die Kosten der Mobilität» Abs. 2

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt folgende Änderung von Art. 59<sup>ter</sup> Abs. 2:

<sup>2</sup> Die Höhe des Mobilitätsbeitrags der öffentlichen Verkehrsmittel beträgt jährlich höchstens Fr. 600.– bei einem Vollzeitpensum und wird nur vergütet, sofern ein Abonnement bezogen wurde.

Mehrheit:	Anjushka Früh (SP), Referentin; Präsident Luca Maggi (Grüne), Ivo Bieri (SP), Martin Busekros (Grüne), Hans Dellenbach (FDP), Simon Diggelmann (SP), Anthony Goldstein (FDP), Martin Götzl (SVP), Markus Haselbach (Die Mitte) i. V. von Christian Traber (Die Mitte), Patrik Maillard (AL), Florian Utz (SP) i. V. von Judith Boppart (SP)
Minderheit:	Vizepräsidentin Serap Kahriman (GLP), Referentin; Selina Frey (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

## Änderungsantrag 3 zu Dispositivziffer 1

Art. 59<sup>ter</sup> «Beitrag an die Kosten der Mobilität» Abs. 3 und 4Die Mehrheit der SK FD beantragt folgende Änderung von Art. 59<sup>ter</sup> Abs. 3 und 4:

<sup>3</sup> Der Bezug des Mobilitätsbeitrags und schliesst aus:

- a. die Nutzung von Personalparkplätzen; sowie  
 b. die Vergütung von Spesen für Dienstfahrten mit den öffentlichen Verkehrsmitteln auf Stadtgebiet ~~schliessen sich gegenseitig aus.~~

<sup>4</sup> Der Stadtrat regelt die Anspruchsberechtigung und kann dabei Ausnahmen von Abs. 3 lit. a vorsehen, insbesondere für Angestellte, die auf einen Personalparkplatz angewiesen sind infolge:

- a. Beginn oder Ende der Arbeit ausserhalb der Betriebszeiten öffentlicher Verkehrsmittel; oder  
 b. einer Behinderung.

Die Minderheit der SK FD beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Anjushka Früh (SP), Referentin; Präsident Luca Maggi (Grüne), Vizepräsidentin Serap Kahriman (GLP), Ivo Bieri (SP), Martin Busekros (Grüne), Simon Diggelmann (SP), Selina Frey (GLP), Patrik Maillard (AL), Florian Utz (SP) i. V. von Judith Boppart (SP)  
 Minderheit: Hans Dellenbach (FDP), Referent; Anthony Goldstein (FDP), Martin Götzl (SVP), Markus Haselbach (Die Mitte) i. V. von Christian Traber (Die Mitte)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 40 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag 4 zu Dispositivziffer 1  
 Art. 59<sup>ter</sup> «Beitrag an die Kosten der Mobilität», neuer Abs. 3

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt folgenden neuen Art. 59<sup>ter</sup> Abs. 3 (Die Nummerierung der Absätze wird gemäss Ratsbeschluss angepasst):

<sup>3</sup> Wenn Angestellte nachweisen können, dass aufgrund der Einsatzzeiten öffentliche Verkehrsmittel nicht genutzt werden können, kann der Stadtrat vorsehen, sich an den Kosten für Car-Sharing zu beteiligen.

Mehrheit: Anjushka Früh (SP), Referentin; Präsident Luca Maggi (Grüne), Ivo Bieri (SP), Martin Busekros (Grüne), Hans Dellenbach (FDP), Simon Diggelmann (SP), Anthony Goldstein (FDP), Martin Götzl (SVP), Markus Haselbach (Die Mitte) i. V. von Christian Traber (Die Mitte), Patrik Maillard (AL), Florian Utz (SP) i. V. von Judith Boppart (SP)  
 Minderheit: Vizepräsidentin Serap Kahriman (GLP), Referentin; Selina Frey (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag 5 zu Dispositivziffer 1  
 Art. 59<sup>ter</sup> «Beitrag an die Kosten der Mobilität», neuer Abs. 4

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt folgenden neuen Art. 59<sup>ter</sup> Abs. 4 (Die Nummerierung der Absätze wird gemäss Ratsbeschluss angepasst):

<sup>4</sup> Die Höhe des Mobilitätsbeitrags des Velos beträgt höchstens Fr. 250.– für einen jährlichen Velo-Service sowie höchstens Fr. 800.– alle fünf Jahre für den Kauf eines Velos oder höchstens Fr. 200.– jährlich für die Kosten eines Velomiet-Abonnements. Eine Vergütung findet nur statt, wenn ein entsprechender Beleg vorgewiesen werden kann.

Mehrheit: Anjushka Früh (SP), Referentin; Präsident Luca Maggi (Grüne), Ivo Bieri (SP), Martin Busekros (Grüne), Hans Dellenbach (FDP), Simon Diggelmann (SP), Anthony Goldstein (FDP), Martin Götzl (SVP), Markus Haselbach (Die Mitte) i. V. von Christian Traber (Die Mitte), Patrik Maillard (AL), Florian Utz (SP) i. V. von Judith Boppart (SP)  
 Minderheit: Vizepräsidentin Serap Kahriman (GLP), Referentin; Selina Frey (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag 6 zu Dispositivziffer 1  
Art. 59<sup>quinquies</sup> «Dezentrale Lohnnebenleistungen»

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt die Streichung von Art. 59<sup>quinquies</sup>.

Mehrheit: Anjushka Früh (SP), Referentin; Präsident Luca Maggi (Grüne), Ivo Bieri (SP), Martin Busekros (Grüne), Hans Dellenbach (FDP), Simon Diggelmann (SP), Anthony Goldstein (FDP), Martin Götzl (SVP), Markus Haselbach (Die Mitte) i. V. von Christian Traber (Die Mitte), Patrik Maillard (AL), Florian Utz (SP) i. V. von Judith Boppart (SP)  
Minderheit: Vizepräsidentin Serap Kahriman (GLP), Referentin; Selina Frey (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Die Detailberatung ist abgeschlossen.

Die Vorlage wird stillschweigend an die Redaktionskommission (RedK) überwiesen.

Damit ist beschlossen:

Die neuen Artikel der Verordnung über das Arbeitsverhältnis des städtischen Personals (PR) Leistungen sind durch die RedK zu überprüfen (Art. 70 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 213 GeschO GR). Die Schlussabstimmung findet nach der Redaktionslesung statt.

#### 177.100

#### **Verordnung über das Arbeitsverhältnis des städtischen Personals (PR)**

Änderung vom ...

#### **Art. 59<sup>bis</sup> Beitrag an die Kosten der Verpflegung**

<sup>1</sup> Der Stadtrat kann den Angestellten einen der folgenden Beiträge an die Kosten der Verpflegung ausrichten:

- a. Lunch-Checks oder eine entsprechende Barvergütung je Arbeitstag in Höhe von jährlich höchstens Fr. 1200.– bei einem Vollzeitpensum; oder
- b. verbilligte Verpflegung im Betrieb oder in einem Personalrestaurant in vergleichbarer Höhe.

<sup>2</sup> Der Stadtrat regelt die Anspruchsberechtigung.

#### **Art. 59<sup>ter</sup> Beitrag an die Kosten der Mobilität**

<sup>1</sup> Der Stadtrat kann den Angestellten einen Beitrag an die Kosten der Mobilität mit den öffentlichen Verkehrsmitteln, dem Velo oder anderen umweltfreundlichen Transportmitteln (Mobilitätsbeitrag) ausrichten.

<sup>2</sup> Die Höhe des Mobilitätsbeitrags beträgt jährlich höchstens Fr. 600.– bei einem Vollzeitpensum.

<sup>3</sup> Der Bezug des Mobilitätsbeitrags schliesst aus:

- a. die Nutzung von Personalparkplätzen; sowie
- b. die Vergütung von Spesen für Dienstreisen mit den öffentlichen Verkehrsmitteln auf Stadtgebiet.

<sup>4</sup> Der Stadtrat regelt die Anspruchsberechtigung und kann dabei Ausnahmen von Abs. 3 lit. a vorsehen, insbesondere für Angestellte, die auf einen Personalparkplatz angewiesen sind infolge:

- a. Beginn oder Ende der Arbeit ausserhalb der Betriebszeiten öffentlicher Verkehrsmittel; oder
- b. einer Behinderung.

**Art. 59<sup>quater</sup> Ermässiger Zugang zu Einrichtungen und Anlässen in Kultur und Sport**

In den städtischen Betrieben aus den Bereichen Sport und Kultur kann den Angestellten der Zugang zu Einrichtungen und Anlässen ermässigt angeboten werden.

**Art. 59<sup>quinquies</sup> Dezentrale Lohnnebenleistungen**

<sup>1</sup> Die Departementsvorstehenden können für Angestellte ihres Departements dezentrale Lohnnebenleistungen vorsehen.

<sup>2</sup> Unzulässig sind:

- a. Beiträge an die Kosten der Verpflegung und Mobilität;
- b. Leistungen, die den Aufgaben und Zielen der Stadt gemäss Gemeindeordnung widersprechen;
- c. Leistungen, die einzelne Anbietende von externen Dienstleistungen und Produkten unverhältnismässig begünstigen.

<sup>3</sup> Die Höhe dezentraler Lohnnebenleistungen für einzelne Angestellte beträgt jährlich höchstens Fr. 150.–.

<sup>4</sup> Vorbehalten bleibt die branchenübliche Fahrvergünstigung der Angestellten der Verkehrsbetriebe Zürich; deren Bezug schliesst den Bezug des Mobilitätsbeitrags nach Art. 59<sup>ter</sup> und die Vergütung von Spesen für Dienstfahrten mit den öffentlichen Verkehrsmitteln in der Schweiz aus.

Mitteilung an den Stadtrat

**1850. 2023/189****Postulat von Martin Busekros (Grüne) und Yves Henz (Grüne) vom 05.04.2023: Fringe Benefits, Integration eines Abonnements zur Nutzung eines stationsgebundenen Veloverleihsystems bei den Mobilitätsbeiträgen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Martin Busekros (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1668/2023).

Hans Dellenbach (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 19. April 2023 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 77 gegen 40 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**1851. 2023/211****Postulat von Martin Götzl (SVP) und Isabel Garcia (FDP) vom 19.04.2023: Beschränkung des Anstiegs der Lohnkosten der Stadt ab 2024 auf das Bevölkerungswachstum**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Martin Götzl (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1742/2023).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 41 gegen 77 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

**1852. 2023/215****Postulat von Serap Kahrman (GLP) und Martin Götzl (SVP) vom 19.04.2023:  
Beschränkung des Stellenwachstums der Stadt ab 2024 auf das prognostizierte  
Bevölkerungswachstum**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Serap Kahrman (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1746/2023).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 55 gegen 63 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

**1853. 2022/569****Postulat von Michael Schmid (AL) und Anna Graff (SP) vom 16.11.2022:  
Sensibilisierung der Stadtpolizei betreffend Veloverkehrssicherheit**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Michael Schmid (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 943/2022).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 62 gegen 54 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**1854. 2023/34****Postulat von Urs Riklin (Grüne), Dr. Roland Hohmann (Grüne) und 1 Mitunter-  
zeichnenden vom 25.01.2023:  
Erhöhung der Sicherheit für Velofahrende bei Strassenkreuzungen mit Licht-  
signalanlagen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Derek Richter (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 1. März 2023 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 97 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**1855. 2023/42**

**Postulat von Markus Knauss (Grüne) und Sven Sobernheim (GLP) vom 01.02.2023:**

**Rasche farbliche Auszeichnung des geplanten Velovorzugsrouten-Netzes mit Fokus auf den Beginn und das Ende von Teilstücken**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Markus Knauss (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1343/2023).

Derek Richter (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 1. März 2023 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Anna Graff (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie das gesamte geplante Velovorzugsrouten-Netz möglichst rasch mit grünen Seitenstreifen farblich ausgezeichnet in geeigneter Weise auch auf den noch nicht umgesetzten Strecken gekennzeichnet werden kann, wobei der Fokus auf Beginn und Ende von Teilstücken der Velovorzugsrouten liegen soll (Kreuzungen). Bei dieser Kennzeichnung darf aber nicht der falsche und potenziell gefährliche Eindruck entstehen, dass die designierten Velovorzugsrouten bereits umgesetzt sind.

Markus Knauss (Grüne) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 68 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**1856. 2022/574**

**Postulat von Dr. David Garcia Nuñez (AL) und Michael Schmid (AL) vom 16.11.2022:**

**Vortritt für die zu Fuss Gehenden im Kreuzungsbereich der Morgental-, Etsel- und Mutschellenstrasse in Wollishofen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Michael Schmid (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 948/2022).

Derek Richter (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 7. Dezember 2022 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 83 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

## E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### 1857. 2023/260

#### **Motion der Grüne-Fraktion vom 31.05.2023: Deutsch als Zweitsprache (DaZ), Erhebung des Bedarfs und Erhöhung der Ressourcen**

Von der Grüne-Fraktion ist am 31. Mai 2023 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung vorzulegen, in welcher die folgenden Punkte erfüllt werden:

1. Es werden 0.75 DaZ-Wochenlektionen pro anspruchsberechtigtem Kind im Kindergarten zugeteilt.
2. Es werden 0.6 DaZ-Wochenlektionen im Aufbauunterricht pro anspruchsberechtigtem Kind in der Primar- und Sekundarschule zugeteilt.
3. Der Bedarf an DaZ-Wochenlektionen wird jedes Jahr von der Stadt Zürich erhoben.

Begründung:

Im Auszug aus dem Protokoll der Schulpflege vom 30. März 2021 ist ersichtlich, dass zahlreiche Kinder mit einer anderen Erstsprache als Deutsch, die Bedarf an DaZ-Unterricht haben, diesen nicht im erforderlichen Umfang erhalten. Dieser Missstand ist beispielsweise in der 1. Klasse der Primarschule ausgewiesen: 15% der anspruchsberechtigten Kinder sind davon betroffen. In den Kindergärten der Stadt Zürich ist die Situation noch schlimmer: 40% der anspruchsberechtigten Kinder erhalten den DaZ Unterricht nicht im erforderlichen Umfang. Der Stadtrat zählt in seiner Antwort auf die schriftliche Anfrage 2021/333 Gründe dafür auf. Insbesondere weist er darauf hin, dass es in vielen Kindergärten wegen ihrer dezentralen Lage nicht möglich sei, klassenübergreifend Gruppen zu bilden, so dass die zugeteilten Ressourcen pro Kind nicht ausreichen, um die kantonalen Vorgaben zu erfüllen. Diese sind jedoch eindeutig: In der Verordnung über die sonderpädagogischen Massnahmen (VSM) wird in §14, Absatz 1, ausdrücklich festgehalten, dass ein Kind mit Anspruch auf DaZ-Unterricht mindestens zwei Wochenlektionen DaZ (im Kindergarten und im DaZ-Aufbauunterricht) erhalten muss – eine Ausnahme von diesen Bestimmungen ist nicht vorgesehen. Im Gegenteil: In §14, Absatz 3, wird nochmals darauf hingewiesen, dass dieses Minimum nicht unterschritten werden darf.

Die Stadt Zürich hält sich bisher bei der Zuteilung der DaZ-Ressourcen an die Schulen an die kantonale Minimalvorgabe: 0.5 Wochenlektionen pro anspruchsberechtigtem Kind im Kindergarten und im Aufbauunterricht in der Primar- und Sekundarschule. Das Maximum für die Berechnung der DaZ-Ressourcen im Kindergarten und im DaZ-Aufbauunterricht in der Primar- und Sekundarschule liegt bei 0.75 Wochenlektionen pro Kind. Damit jedes anspruchsberechtigte Kind die ihm zustehenden zwei Wochenlektionen DaZ erhält, braucht es offensichtlich deutlich mehr DaZ-Ressourcen im Kindergarten als heute. Auch in der Primar- und Sekundarschule ist eine Erhöhung der DaZ-Ressourcen – allerdings in geringerem Umfang – notwendig, um die kantonalen Mindestvorgaben sicher zu erfüllen.

Der Bedarf an DaZ-Lektionen soll neu ausserdem jährlich und nicht nur jedes dritte Jahr von der Stadt Zürich erhoben werden. Denn die Anzahl der DaZ-Schüler\*innen verändert sich jedes Jahr und muss von den Lehrpersonen sowieso jährlich mit dem Sprachgewandt-Test erhoben werden. Damit die DaZ-Lektionen genauer nach Bedarf der Kinder und Schulen verteilt werden können, ist eine jährliche Erhebung notwendig. So soll sichergestellt werden, dass die DaZ-Ressourcen dort ankommen, wo sie gebraucht werden.

Mitteilung an den Stadtrat

### 1858. 2023/261

#### **Motion von Sven Sobernheim (GLP) und Markus Knauss (Grüne) vom 31.05.2023: Teilrevision der Sonderbauvorschriften für das Gebiet Maag-Areal Plus**

Von Sven Sobernheim (GLP) und Markus Knauss (Grüne) ist am 31. Mai 2023 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, die Sonderbauvorschriften für das Gebiet Maag-Areal Plus (AS-Nummer 700.240) einer Teilrevision zu unterziehen. Diese Teilrevision soll folgende Ziele erreichen:

- Der Erhalt der Maaghallen ist möglich
- Der Erhalt des Parkhauses in seinem Volumen sowie dessen Umnutzung ist möglich
- Die Hitzeminderung sowie die Biodiversität ist bei der Aussenraumgestaltung sicherzustellen
- Der Mindestwohnanteil ist bei den noch nicht realisierten Teilgebieten zu erhöhen

Um den Prozess zusammen mit den Grundeigentümern zu ermöglichen und genügend Zeit zu haben, ist hierfür eine Planungszone zu erlassen bzw. beim Regierungsrat zu beantragen.

Begründung:

Zürich West ist zu einem grossen Teil entwickelt, aber es sind noch entscheidende Arealteile nicht gemäss Sonderbauvorschriften entwickelt. Bei der Diskussion zum Erhalt der Maaghallen zeigte sich ein erstes Mal, dass die Sonderbauvorschriften der von der Öffentlichkeit, und teilweise auch der Grundeigentümerschaft, gewünschten Entwicklung im Weg stehen. Gleiches gilt nun auch für das Welti-Furrer-Areal auf welchem ein Parkhaus abgebrochen werden soll um 100 m weiter ein neues, den Sonderbauvorschriften entsprechendes Parkhaus, zu erstellen.

Im Gegensatz zu Neu-Oerlikon hat es der Stadtrat auf dem Maag-Areal Plus verpasst, rechtzeitig die Sonderbauvorschriften zu überarbeiten. Dies ist der Grund warum es nun einen Marschhalt und eine Planungszone benötigt.

Mitteilung an den Stadtrat

#### 1859. 2023/262

##### **Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 31.05.2023: Förderung der Energiesuffizienz als zentrales Element des Förderprogramms KlimUP mittels Zusammensetzung der Fachkommission und Gestaltung des Vergabereglements**

Von der SP-, Grüne- und AL-Fraktion ist am 31. Mai 2023 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert, die Zusammensetzung der KlimUp-Fachkommission sowie das Vergabereglement so zu gestalten, dass die Vergabe von Fördermitteln an Organisationen, welche die Energiesuffizienz fördern, als ein zentrales Element des Förderprogramms KlimUp sichergestellt ist.

Begründung:

Das Förderprogramm KlimUp will viele Projekte abdecken: es fördert Negativemissionstechnologien, technische Innovation und will indirekte Emissionen senken. Da Negativemissionstechnologien beim Erreichen des Netto-Null-Ziels nur ergänzend zum Einsatz kommen können (<https://www.oeko.de/publikationen/p-details/chancen-und-risiken-von-methoden-zur-entnahme-und-speicherung-von-co2-aus-der-atmosphaere>), braucht es auch wirksame Suffizienzmassnahmen. Suffizienz zielt darauf ab, den Verbrauch und die Nutzung von Ressourcen und somit unseren Konsum auf ein Mass zu reduzieren, dass diese die ökologischen Grenzen unseres Planeten nicht übersteigen.

Somit muss die Förderung von Suffizienzmassnahmen ein zentrales Element des Förderprogramms KlimUp sein und die Fachkommission entsprechend zusammengesetzt und reglementiert sein.

Mitteilung an den Stadtrat

#### 1860. 2023/263

##### **Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 31.05.2023: Förderprogramm KlimUp, niederschwellige Förderung von zivilgesellschaftlichem Klimaschutzengagement**

Von der SP-, Grüne- und AL-Fraktion ist am 31. Mai 2023 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert im Rahmen des Förderprogramms KlimUp eine niederschwellige Förderung von zivilgesellschaftlichem Klimaschutzengagement zu garantieren. Dafür soll er innerhalb der beiden Fördermassnahmen «einmalige Projektbeiträge NPO» und «mehrjährige Betriebsbeiträge NPO» des Förderprogramms KlimUp auch Beiträge in der Grössenordnung von 1000 – 5000 Franken sicherstellen. Ziel ist, dass das Förderprogramm KlimUp auch Klimaschutz-Initiativen aus den Stadtzürcher Quartieren unterstützt, mit möglichst geringem administrativem Aufwand für die Gesuchsteller:innen.

Begründung:

Die Bereitschaft und Fähigkeit der Bewohner:innen der Stadt Zürich, selbst tätig zu werden und sich den anstehenden Herausforderungen auf dem Weg zu Netto-Null gemeinsam zu stellen, ist da. Menschen aus Zürich haben Repaircafés, Tauschbörsen und vieles mehr initiiert und betreiben diese Initiativen mit grossem persönlichem Engagement. Solche bestehende und neue Gemeinwohlprojekte zur Förderung des suffizienten Wirtschaftens sollen ebenfalls von einer unkomplizierten finanziellen Unterstützung des Förderprogramms KlimUp profitieren können. Kleine Organisationen sollen nicht durch administrative Hürden davon abgeschreckt werden, finanzielle Unterstützung zu beantragen.

Mitteilung an den Stadtrat

#### 1861. 2023/264

##### **Postulat von Claudio Zihlmann (FDP), Benedikt Gerth (Die Mitte) und 6 Mitunterzeichnenden vom 31.05.2023: Massnahmen zur Verhinderung gewalttätiger Demonstrationen, Angriffe auf Personen und Krawalle**

Von Claudio Zihlmann (FDP), Benedikt Gerth (Die Mitte) und 6 Mitunterzeichnenden ist am 31. Mai 2023 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob und welche Massnahmen zu ergreifen sind, damit gewalttätige Demonstrationen sowie Angriffe auf Personen oder Krawalle in der Stadt Zürich verhindert werden können.

Begründung:

Gewalttätige Ausschreitungen wie zum Beispiel am 1. April sowie am 12. Mai dürfen nicht als gegeben betrachtet werden, sondern müssen zu Gunsten der Sicherheit aller Einwohnerinnen und Einwohner eingeschränkt werden. Das Gewaltpotenzial ist zum Teil erschreckend und scheint ein neues Ausmass angenommen zu haben, wie die beiden Medienmitteilungen (siehe unten) der Stadtpolizei deutlich aufzeigen. Dabei werden anscheinend bewusst Verletzungen von Polizistinnen und Polizisten aber auch Sachschaden in Kauf genommen. Dabei geht es nicht darum, die allgemeine Versammlungsfreiheit zu beschränken. Es geht darum, bei gewaltbereiten Demonstrationen oder Krawallen früh genug einzuschreiten, damit die Sicherheit gewährleistet werden kann. Insbesondere die beiden Ausschreitungen vom 1. April wie auch vom 12. Mai zeigen jedoch, dass der Stadtrat unbedingt seine Strategie überdenken und allenfalls anpassen muss, um den Grundauftrag der Stadtpolizei sicherzustellen.

Auszug Medienmitteilung Stadtpolizei Zürich vom 01.04.2023: «Bei der Langstrassenunterführung durchbruch der Demozug eine Polizeisperre. Dabei wurden die Polizist\*innen fortlaufend mit Eisenstangen, Steinen, pyrotechnischen Gegenständen sowie Molotowcocktails attackiert. Nur mit viel Glück gab es dabei keine schwer verletzten Polizist\*innen oder Unbeteiligte. Die Demonstrationsteilnehmenden beschädigten auch parkierte Fahrzeuge, verübten Sprayereien an Hausfassaden sowie an Fahrzeugen der VBZ. Die Stadtpolizei setzte gegen den gewalttätigen Mob Gummischrot, Reizstoff und den zwischenzeitlich ebenfalls eingetroffenen Wasserwerfer ein. (...) Ein Polizist wurde in einen Hauseingang gedrängt und von rund einem halben Dutzend Personen zu Boden geworfen und mit Fäusten und Fusstritten gegen den Kopf und den Körper traktiert.»

In der Medienmitteilung der Stadtpolizei Zürich vom Sa. 13. Mai 2023 12.16 Uhr teilt uns die Stadtpolizei folgendes mit: «Am späten Freitagabend, 12. Mai 2023, griffen im Kreis 4 mehrere Dutzend verummte Personen Einsatzkräfte an und beschädigten einen Streifenwagen.

Kurz nach 22.15 Uhr traf ein Mob von mehreren Dutzend Personen im Verzweigungsbereich der Kanonengasse mit der Zeughausstrasse auf eine Polizeipatrouille der Stadtpolizei Zürich und bewarf diese unvermittelt mit pyrotechnischen Gegenständen und mit Farbe gefüllten Glasflaschen. Die angegriffenen Einsatzkräfte setzten gegen die gewalttätigen Personen Gummischrot sowie Reizstoff ein. Darauf zogen die Krawallmachenden via Brauerstrasse zur Langstrasse, wo sie auf die zuvor attackierte Patrouille trafen und diese abermals mit pyrotechnischen Gegenständen und Glasflaschen angriffen. Nach erneutem Einsatz von

Gummischrot und Reizstoff löste sich der Mob im Bereich der Langstrasse auf. Am mit Flaschen beworfenen Streifenwagen entstand Sachschaden. Ob weitere Sachbeschädigungen begangen wurden, wird abgeklärt. Zurzeit liegen keine Meldungen betreffend verletzten Personen vor.

Mitteilung an den Stadtrat

**1862. 2023/265**

**Postulat von Flurin Capaul (FDP) und Roger Suter (FDP) vom 31.05.2023:  
Zentrale Verwaltung aller von der IMMO verwalteten Wohnungen durch Liegen-  
schaften Stadt Zürich (LSZ)**

Von Flurin Capaul (FDP) und Roger Suter (FDP) ist am 31. Mai 2023 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie alle heute von der IMMO verwalteten Wohnungen zentral durch die LSZ verwaltet werden können. Weiter soll sichergestellt werden, dass bei der heute noch durch die IMMO verwalteten Wohnungen, bei einem nicht-freiwilligen Ausscheiden aus einem städtischen Arbeitsverhältnis, das Mietverhältnis gekündigt werden kann.

Begründung:

Wohnungen die aus historischen Gründen noch von der IMMO (statt der LSZ) verwaltet werden, weisen zum Teil keine marktübliche Miete aus. Aktuell werden noch 98 Wohnungen von der IMMO vermietet, wovon nur 33 einen Zweck als Dienst- und Personalwohnung ausweisen. Es macht keinen Sinn, dass unterschiedliche städtische Departemente sich mit der Vermietung von Wohnungen auseinandersetzen.

Besonders stossend ist, dass ehemalige Direktionsmitglieder nach nicht-freiwilligen Ausscheiden aus einem städtischen Arbeitsverhältnis, weiterhin in den Genuss einer günstigen städtischen Wohnung kommen.

Mitteilung an den Stadtrat

**1863. 2023/266**

**Postulat von Flurin Capaul (FDP) und Roger Suter (FDP) vom 31.05.2023:  
Haltung eines Tukans in der Stadtgärtnerei**

Von Flurin Capaul (FDP) und Roger Suter (FDP) ist am 31. Mai 2023 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie in der Stadtgärtnerei wieder ein Tukan eingesetzt werden kann.

Begründung:

«Er war unser bester Botschafter», sagte Lukas Handschin der damalige Kommunikationsbeauftragte von Grün Stadt Zürich, im Bericht vom 11.12.2017 des Tagesanzeigers zum Tode des Tukan Bosi. Der Tukan Bosi wurde von einer Privatperson der Stadtgärtnerei geschenkt und lebte rund 10 Jahre in der Stadtgärtnerei. 2017 (mit knapp 19 Jahren) verstarb Bosi und mit ihm verschwand ein Publikumsmagnet.

Diese Tradition soll weitergeführt werden und ein Tukan (oder aus Gründen der artgerechten Tierhaltung auch ein Paar) wieder in der Stadtgärtnerei gehalten werden. Viele Kinder, Erwachsene und Besuchende der Stadtgärtnerei sollen sich wieder ab einem prächtigen Tukan (oder mehreren) erfreuen können.

Mitteilung an den Stadtrat

**1864. 2023/267****Postulat von Markus Knauss (Grüne) und Carla Reinhard (GLP) vom 31.05.2023: Verbesserung der Verkehrssituation rund um den Escher-Wyss-Platz für Schulkinder und weitere Verkehrsteilnehmende mit rasch umsetzbaren Massnahmen**

Von Markus Knauss (Grüne) und Carla Reinhard (GLP) ist am 31. Mai 2023 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie mit rasch umsetzbaren Massnahmen die Verkehrssituation rund um den Escher-Wyss-Platz für Schulkinder und weitere Verkehrsteilnehmende verbessert werden kann. Dabei sind verschiedene Massnahmen wie ein Lotsendienst und die sofortige Einführung von Tempo 30 zu untersuchen. Es soll ebenfalls geprüft werden, wie mit Pilotprojekten eine sicherere Verkehrsführung für das definitive Strassenprojekt getestet werden kann.

Begründung:

In der Beantwortung der schriftlichen Anfrage 2023/76 lässt der Stadtrat erkennen, dass die Koordination zwischen den zuständigen Dienstabteilungen zu wünschen übriglässt. Wenn 2019 ein Hochbauprojekt verabschiedet wird, mit dem rund 200 Schulkinder einen Platz mit einer komplexen Verkehrsführung überqueren müssen, dann hätte schon 2019 mit der Planung begonnen werden müssen. Offenbar ist aber mit der Bearbeitung einer Vorstudie erst 2022 begonnen worden. Zwar sind wir erfreut zu sehen, dass schon im Herbst 2023 eine Planaufgabe nach § 13 Strassengesetz erfolgen soll. Allerdings ist damit zu rechnen, dass es bis zur definitiven Umsetzung dieses Strassenprojektes sehr viel länger dauern wird als 2026.

Deshalb gilt es heute schon, die nötigen Sofortmassnahmen zu treffen.

Wenn der Stadtrat die Verkehrsführung am Escher-Wyss-Platz selbst als komplex bezeichnet, dann ist für die betroffenen Schulkinder heute schon ein Lotsendienst oder andere rasch umsetzbare Massnahmen angezeigt.

Am Mittwoch, 19. April 2023, fand am Escher-Wyss-Platz eine Begehung des Schulwegs (Tramdepot-Schulhaus Schütze) statt. Anwesend waren unter anderem: die Präsidentin der Kreisschulbehörde, die Schulwegplaner, Vertreter:innen der DAV, ein Vertreter des Elternrates, der Vater des verstorbenen Kindes sowie ein Vater eines betroffenen Kindes und die Mitunterzeichnete der schriftlichen Anfrage 2023/76. Während der Begehung wurde festgestellt, dass die Schulwege und deren Beurteilung dringend neu festgelegt werden müssen, da die konkreten Gefahrenlagen offensichtlich nicht hinreichend beachtet worden sind. Rasch umsetzbare Massnahmen wurden konkret besprochen und in Aussicht gestellt. Umso mehr erstaunt, dass die Beantwortung der schriftlichen Anfrage 2023/76 diesen Augenschein und die entsprechenden Zusagen unberücksichtigt lässt.

Bezüglich Tempo 30 wird vom Stadtrat darauf verwiesen, dass Tempo 30 koordiniert mit dem Strassenprojekt eingeführt werden soll. Da allerdings nicht zu erwarten ist, dass das Strassenprojekt alle in der Antwort aufgeführten Strassenzüge (Hardstrasse, Sihlquai, Hardturmstrasse, Wipkingerbrücke, Zöllystrasse) umfassen wird, gibt es keinen Grund Tempo 30 nicht sofort in einem nachvollziehbaren Perimeter rund um den Escher-Wyss-Platz einzuführen.

Da der Escher-Wyss-Platz ein sehr komplexer Verkehrsknoten ist, soll mit Pilotprojekten getestet werden, wie diese Komplexität in einer definitiven Lösung reduziert werden kann, um die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden zu steigern. Dies selbstverständlich, indem während der Pilotprojekte die Verkehrssicherheit jederzeit gewährleistet bleibt.

Mitteilung an den Stadtrat

**1865. 2023/268****Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Urs Riklin (Grüne) vom 31.05.2023: Schulanlage Brunnenhof, Einrichtung einer attraktiven Velo-Infrastruktur**

Von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Urs Riklin (Grüne) ist am 31. Mai 2023 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie auf der Schulanlage Brunnenhof eine attraktive Velo-Infrastruktur eingerichtet werden kann. Dazu gehören bequem erreichbare, witterungsgeschützte Veloabstellplätze in genügender Anzahl.

Begründung:

Die Mobilität soll vermehrt umwelt- und klimafreundlich erfolgen. Das betrifft auch die neue Sekundarschule Brunnenhof. Es ist erwünscht, dass Schülerinnen und Schüler sowie das Schulpersonal mit dem öV oder mit dem Velo zur Schule kommen. Zudem ist erwünscht, dass auch die Mitarbeitenden der Kreisschulbehörde Waidberg und der Musikschule Konservatorium Zürich sowie die Besuchenden der Events in den drei Sälen umweltfreundlich zum Brunnenhof gelangen. Ein normales Velo produziert ganz wenig CO<sub>2</sub> pro Personenkilometer, und auch ein E-Bike ist ziemlich umwelt- und klimafreundlich.

Im Aussenbereich der Schule Brunnenhof sind 158 Veloabstellplätze geplant, aber nur 18 davon sind überdacht. Damit das Velofahren attraktiv wird, sollen alle Veloabstellplätze mit einem Witterungsschutz versehen werden.

Mitteilung an den Stadtrat

#### 1866. 2023/269

**Interpellation von Islam Alijaj (SP), Dominik Waser (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden vom 31.05.2023:**

**Energiezentrale im ehemaligen Unterwerk Selnau, Prüfung alternativer Standorte, ganzheitliches Konzept für die Energiewende und eine lebenswerte Stadt, Beurteilung der bestehenden Angebote im Unterwerk und möglicher Planungsstopp sowie Zusammenarbeit mit der IG Selnau bei der Prüfung von Alternativen**

Von Islam Alijaj (SP), Dominik Waser (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden ist am 31. Mai 2023 folgende Interpellation eingereicht worden:

Das ehemalige Unterwerk Selnau ist derzeit ein belebter Kulturort: Mit dem Haus Konstruktiv und dem Impact Hub Zürich beheimatet es derzeit zwei Institutionen, die einander ergänzend mit einem vielseitigen Angebot an Kunst, Kulturveranstaltungen, Diskussion-Ort, Arbeitsplätzen und Gastronomie das Quartier Selnau und die Innenstadt unumstritten bereichern. Diesem Kulturort droht nun das Ende: Geht es nach den derzeitigen Plänen der EWZ, muss er der neuen Energiezentrale weichen. Trotz der schriftlichen Anfrage GR Nr. 2023/ 114 , welche eine Zustellung der geprüften Standorte (auch für Kleinzentralen) verlangt, nach der raumplanerischen Interessenabwägung fragt und zentrale Punkte der Stadtentwicklung ins Spiel bringt, schreitet der Prozess schnell voran. Doch gleichzeitig mehren sich namhafte Expert\*innen-Stimmen, welche die Alternativlosigkeit des Standortes bezweifeln und unter anderem auch Untergrund-Varianten ins Spiel bringen. Wie der Presse zu entnehmen ist, hat sich soeben auch die "IG Selnau - für eine nachhaltig lebendige Innenstadt" gegründet, welche sich nun selbst um die Prüfung von Alternativen bemüht: Die Energiewende sei entschieden voranzutreiben und gleichzeitig bestehende, lebendige Angebote zu erhalten.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wurden bei dieser Stadtentwicklungs-Frage von hoher Wichtigkeit Zweit- und Drittmeinungen eingeholt? Wenn ja, bei wem? Wenn nein, warum nicht? Wurden - gerade in einer Stadt, welche beispielsweise mit der ETH und ihrem Umfeld über grosse Expertisen verfügt - zusätzliche Studien in Auftrag gegeben zu möglichen Standorten der EWZ-Energiezentrale? Wenn ja, mit welchem Ergebnis? Wenn nein, warum nicht?
2. Wie ausführlich wurden die Alternativen im Untergrund geprüft? Was hält der Stadtrat von der Aussage, dass es eine verpasste Chance ist, wenn die Stadt Zürich das Potential im städtischen Untergrund nicht ausnutzt und stattdessen neue Energieinfrastruktur auf das Erdgeschoss von belebten Gebäuden wie dem Unterwerk Selnau realisieren möchte?
3. Kann uns der Stadtrat versichern, dass keine alternativen Standorte bestünden, auch wenn diese teurer oder in der Umsetzung aufwändiger wären?
4. Aus welchen Gründen wurde der von der EWZ publizierte Vergleich verschiedener Konzepte (60 Kleinzentralen, 7 mittelgrosse, 1 grosse und 3 mittelgrosse, sowie 1 grosse Zentrale), in dem ja offensichtlich verschiedene Varianten als möglich dargestellt werden, nicht realisiert?
5. Energiewende und Stadtentwicklung sollten sich nicht konkurrieren sondern ergänzen. Um Netto Null zu erreichen, sind viele weitere Infrastrukturprojekte notwendig. Gibt es ein ganzheitliches Konzept, welches die Energiewende und eine lebenswerte Stadt verbindet? Falls nein, warum nicht? Falls noch nicht, wann ist das zu erwarten?
6. Wurde im Rahmen der Frage der Zukunft des Unterwerks Selnau die Dienstabteilung Stadtentwicklung in den Prozess mit einbezogen? Falls ja, wie und mit welchem Ergebnis? Falls nein, warum nicht?

7. Wie schätzt der Stadtrat die Wichtigkeit der bestehenden Angebote im Unterwerk Selnau für eine nachhaltig lebendige Stadtentwicklung ein?
8. Gerade wenn es um die nachhaltige Entwicklung dieser Stadt geht, braucht es eine Gesamtbetrachtung. Wie gewährleistet der Stadtrat, dass über Departemente und Dienstabteilungen hinweg zwischen Kultur, Stadtentwicklung und Netto Null abgewogen und kooperiert wird, um derart grosse Infrastrukturprojekte im Innenstadtbereich zu realisieren?
9. Die EWZ hat im letzten Jahr mit der Nachricht überrascht, dass das gesamte Unterwerk Selnau zur Energiezentrale umgenutzt werden soll. Bei grossen, städtischen Infrastrukturmassnahmen führen partizipative Prozesse unter Einbindung der Bürger\*innen zu breiter abgestützten und häufig besseren Resultaten. Warum wurde in diesem Fall kein öffentlicher, transparenter und partizipativer Entwicklungsprozess durchgeführt?
10. Wann wurden die aktuellen Mieter\*innen, Haus Konstruktiv und Impact Hub, informiert und hat ein Dialog stattgefunden, in dem gemeinsam verschiedene Lösungen für die Energiezentralen hätten erarbeitet werden können? Falls ja, mit welchem Ergebnis? Falls nein, warum nicht?
11. Die IG Selnau prüft Alternativen nun in eigener Initiative. Wird die Planung für die EWZ-Energiezentrale nun gestoppt und eine Zusammenarbeit bei der Prüfung in Betracht gezogen? Falls nein, wieso nicht?
12. Wie hoch und aufgrund welcher Fakten schätzt der Stadtrat das Risiko ein, einen belebten Kulturort mit über 120'000 jährlichen Besucherinnen und Besuchern voreilig und unumgänglich geschlossen zu haben, obwohl es weitere Möglichkeiten gegeben hätte?

Mitteilung an den Stadtrat

#### 1867. 2023/270

**Interpellation von Samuel Balsiger (SVP) und Johann Widmer (SVP) vom 31.05.2023:**

**Frauenförderung und Sprachgebrauch, Bevorzugung von Frauen bei der Anstellung und Gründe für die Förderung einer gendergerechten Sprache vor dem Hintergrund der publizierten Umfrageergebnisse im Tages-Anzeiger sowie Haltung zur Diskriminierung der Frauen durch die Verwendung der gendergerechten Sprache**

Von Samuel Balsiger (SVP) und Johann Widmer (SVP) ist am 31. Mai 2023 folgende Interpellation eingereicht worden:

Am 30. Mai 2023 schreibt der Tages-Anzeiger:

«Massnahmen zur gezielten Förderung von Frauen in der Arbeitswelt lehnt eine Mehrheit nämlich deutlich ab. So sind zwei Drittel (64 Prozent) gegen eine Frauenquote, und ebenso viele (63 Prozent) finden es «ein schlechtes oder eher schlechtes Vorgehen», wenn bei einer Vergabe einer Stelle «bei gleicher Qualifikation einer Kandidatin der Vorzug gegenüber einem Kandidaten gegeben» wird.»

Am 22. Mai 2023 schreibt der Tages-Anzeiger:

«Wie stark Schweizerinnen und Schweizer im traditionellen Sprachgebrauch verhaftet sind, zeigt sich nicht nur bei heiklen Begriffen, sondern auch bei der Verwendung einer geschlechtergerechten Sprache – dem sogenannten Gendern. Zunächst einmal geben in der Umfrage nur 18 Prozent an, dass die «Gleichstellung der Geschlechter» ein drängendes Problem sei.»

Quelle: 30'754 Personen aus der ganzen Schweiz haben am 28. und am 29. März 2023 an der Umfrage zu Sprache, Geschlecht und zur Diskussionskultur in der Schweiz von Tamedia und «20 Minuten» teilgenommen. Die Umfrage wurde in Zusammenarbeit mit dem Forschungsinstitut LeeWas durchgeführt. LeeWas modelliert die Umfragedaten nach demografischen, geografischen und politischen Variablen. Der Fehlerbereich liegt bei 1,0 Prozentpunkten.

Ausserdem: Das Forschungsinstitut Sotomo hat im Dezember 2021 die Studie «Geschlecht und Identität» unter Mitwirkung des angesehenen Politologen Michael Hermann herausgegeben. Darin steht:

«Die Ergebnisse der durch Sotomo umgesetzten Studie sind repräsentativ für die sprachintegrierte Bevölkerung der Deutschschweiz, der französisch- und der italienischsprachigen Schweiz. [...]

99,6 Prozent der Befragten bezeichnen sich entweder als Frau oder als Mann. Nur 0,4 Prozent ordnen sich nicht ins herkömmliche binäre Schema ein und bezeichnen sich explizit als nicht-binär.»

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Werden Frauen bei der Einstellung als Stadtangestellte bevorzugt? Falls ja, warum?
2. Wer die Frauenquote will, richtet sich gegen eine satte Mehrheit. Wie steht der Stadtrat zur Frauenquote?
3. Nachweislich ist die sogenannte Gkein reales Bedürfnis in der Bevölkerung: Warum verfolgt der Stadtrat das Ansinnen dennoch?
4. Nachweislich ist die sogenannte gendergerechte Sprache kein reales Bedürfnis in der Bevölkerung. Ein reales Bedürfnis ist jedoch das Ende der Jugendgewalt und der Messerstechereien. Gender-Sprache oder Bekämpfung der Gewalt: Wo liegt die Priorität des Stadtrates?
5. Wenn 99,6 Prozent der Bevölkerung sich entweder als Mann oder Frau sehen (unabhängig von der Orientierung), warum will der Stadtrat weiterhin den Genderstern? Mit der Abschaffung des Genderstern findet keine Abwertung von Minderheiten statt. Vielmehr schafft man Gerechtigkeit, weil die Politik fast 100 Prozent der Bevölkerung anspricht. Und wir leben immer noch in einer Demokratie und in keiner «Eliten»-Herrschaft.
6. Wer weiss schon, ob sich die 0,4-Prozent-Minderheit vom Genderstern angesprochen fühlt. Vielleicht wollen manche auch als Frau angesprochen werden und sie werden durch den Genderstern «diskriminiert». Was sagt der Stadtrat dazu?

Mitteilung an den Stadtrat

Die zwei Motionen, die sieben Postulate und die zwei Interpellationen werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

#### 1868. 2023/271

#### **Dringliche Schriftliche Anfrage von Claudio Zihlmann (FDP), Andreas Egli (FDP) und 32 Mitunterzeichnenden vom 31.05.2023: Angriffe auf Polizeipatrouillen vom 12. Mai 2023, Einschätzung der Vorkommnisse und der Verletzungsgefahr, möglicher Verlauf ohne Einsatz von Gummischrot und Reizstoff, Festnahmen und Straftatbestände sowie Höhe des Sachschadens**

Von Claudio Zihlmann (FDP), Andreas Egli (FDP) und 32 Mitunterzeichnenden ist am 31. Mai 2023 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

In der Medienmitteilung der Stadtpolizei Zürich vom Sa. 13. Mai 2023 12.16 Uhr teilt uns die Stadtpolizei folgendes mit: «Am späten Freitagabend, 12. Mai 2023, griffen im Kreis 4 mehrere Dutzend verummte Personen Einsatzkräfte an und beschädigten einen Streifenwagen.

Kurz nach 22.15 Uhr traf ein Mob von mehreren Dutzend Personen im Verzweigungsbereich der Kanonengasse mit der Zeughausstrasse auf eine Polizeipatrouille der Stadtpolizei Zürich und bewarf diese unvermittelt mit pyrotechnischen Gegenständen und mit Farbe gefüllten Glasflaschen. Die angegriffenen Einsatzkräfte setzten gegen die gewalttätigen Personen Gummischrot sowie Reizstoff ein. Darauf zogen die Kra-wallmachenden via Brauerstrasse zur Langstrasse, wo sie auf die zuvor attackierte Patrouille trafen und diese abermals mit pyrotechnischen Gegenständen und Glasflaschen angriffen. Nach erneutem Einsatz von Gummischrot und Reizstoff löste sich der Mob im Bereich der Langstrasse auf. Am mit Flaschen beworfenen Streifenwagen entstand Sachschaden. Ob weitere Sachbeschädigungen begangen wurden, wird abgeklärt. Zurzeit liegen keine Meldungen betreffend verletzten Personen vor.»

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Gemäss der Medienmitteilung griffen mehrere Dutzend verummte Personen Einsatzkräfte an. Teilt die Stadtpolizei die Einschätzung, dass die verummten Personen vorbereitet waren und bewusst und mit Absicht die Stadtpolizistinnen und Stadtpolizisten bei ihrer Arbeit angriff? Nahmen die Verummten gemäss der Einschätzung der Polizei Verletzungen der Polizistinnen und Polizisten in Kauf? Wie viele Stadtpolizistinnen und Stadtpolizisten wurden beim ersten Angriff angegriffen?
2. Weiter wurde gemäss der Medienmitteilung später am Abend eine Polizeipatrouille unmittelbar mit pyrotechnischen Gegenständen und mit Farbe gefüllten Glasflaschen angegriffen. Teilt die Stadtpolizei die Einschätzung, dass der Mob vorbereitet war und bewusst und mit Absicht die Stadtpolizisten bei

ihrer Arbeit angriff? Nahm der Mob gemäss der Einschätzung der Polizei Verletzungen der Polizistinnen und Polizisten in Kauf?

3. Wie schätzt die Stadtpolizei die Lage des vergangenen Einsatzes für die Polizisten ein, falls die Polizisten keinen Gummischrot und keinen Reizstoff eingesetzt hätte?
4. Von wem ging gemäss der Darstellung der Polizei die Gewalt aus?
5. Wie viele Personen des Mobs wurden festgenommen? Gegen wie viele Personen wurde Anzeige erstattet und betreffend welcher Straftatbestände? Waren unter den Festgenommenen auch polizeibekannt Personen und sind diese einer gewalttätigen extremistischen Szene zuzuordnen? Falls ja, bitten wir diesbezüglich um nähere Ausführungen.
6. Wie hoch ist der Sachschaden am Polizeifahrzeug? Wie hoch sind die weiteren Sachbeschädigungen, welche abgeklärt werden? Was wurde genau neben dem Polizeifahrzeug noch beschädigt?

Mitteilung an den Stadtrat

**1869. 2023/272**

**Schriftliche Anfrage von Flurin Capaul (FDP) und Barbara Wiesmann (SP) vom 31.05.2023:**

**Ersatzbeschaffung für die Betriebsgruppenlösung «safely», Kosten für die Einführung und den Betrieb von «safely», stadtweite Standards, Notwendigkeit der Ersatzbeschaffung und Business Case für das Projekt und die Ersatzbeschaffung**

Von Flurin Capaul (FDP) und Barbara Wiesmann (SP) ist am 31. Mai 2023 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

In einem Interview Anfang 2022 (ASGS SOFTWARE) äussern sich Vertreter des UGZ über die Betriebsgruppenlösung safely. Auf SIMAP wurde am 19. Mai 2023 eine Ausschreibung für eine Arbeitssicherheitssoftware aufgeschaltet, welche für 1'200 Organisationseinheiten und 25'000 Mitarbeiter der Stadt Zürich beschafft werden soll. Bestandteil der Beschaffung ist ebenfalls eine Migration der Daten aus dem bisherigen safely System.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Im Interview wird erwähnt dass «jeder Betrieb freiwillig bei unserer BGL mitmachen kann». Wieso gibt es nicht einen einzigen, stadtweiten Standard? Unter welchen Voraussetzungen kann davon abgewichen werden? Wieviele Abteilungen / Betriebe verwenden NICHT den städtischen Standard?
2. Gemäss Interview war bis 2016 war eine Papierlösung im Einsatz, im Anschluss eine Eigenentwicklung und dann die Standardsoftware safely. Seit wann ist safely im Einsatz? Wieviel kostete die Einführung und der Betrieb von safely? Wie teuer war die Entwicklung der vorangegangenen Eigenentwicklung und deren Betrieb?
3. Wieso ist eine Ersatzbeschaffung gemäss Ausschreibung (inkl. Migration der Daten) notwendig, wenn man 2022 noch sehr zufrieden wirkte? Was hat sich geändert an der Ausgangslage?
4. Was spricht gegen einen Weiterbetrieb des bisherigen Systems?
5. Wurde ein Business Case für dieses Projekt und die Ersatzbeschaffung erstellt? Wenn ja, wie sehen die wirtschaftlichen Parameter dieses Projekts aus?

Mitteilung an den Stadtrat

**1870. 2022/159**

**Wahl eines Mitglieds in die SK SD nach Rücktritt von Susanne Brunner (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2022–2024**

Es wird gewählt (Zirkularbeschluss der Geschäftsleitung vom 30. Mai 2023):

Michele Romagnolo (SVP)

Mitteilung an den Stadtrat und an den Gewählten

**1871. 2023/216**

**Dringliche Schriftliche Anfrage der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 19.04.2023: Verwendung der «Thin Blue Line»-Symbolik im Diensthundekompetenzzentrum, Haltung zur Verwendung dieser Symbolik im Zentrum, bisherige Massnahmen zur Sensibilisierung des Personals sowie Gewährleistung der Kenntnisnahme des Stadtrats und weiteres Vorgehen in diesem Thema beim Auftauchen solcher Visualisierungen**

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 1421 vom 17. Mai 2023).

**1872. 2023/112**

**Schriftliche Anfrage von Brigitte Fürer (Grüne) und Sibylle Kauer (Grüne) vom 08.03.2023: Bauen im Untergrund, Instrumente zur Koordination der Planung, Projektierung und des Unterhalts, Bündelung der Leitungen, Umsetzung bei einzelnen Tiefbauvorhaben sowie Strategie zur Sicherung des Raums für Baumpflanzungen**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1423 vom 17. Mai 2023).

Nächste Sitzung: 7. Juni 2023, 17.00 Uhr